

QUARTALSBERICHT

Projektland: Slowakei

Quartal/Jahr: I/2011

DIE WIRTSCHAFTLICHE UND INNENPOLITISCHE SITUATION DER SLOWAKEI

Die ersten Monate des Jahres 2011 trafen die Slowakei mit einer sich verschlechternden Wirtschaftslage, die die unausgewogenen innenpolitischen Verhältnisse (als Folge von Konflikten in der Regierungskoalition) und vor allem die andauernde europäische Finanz- und Schuldenkrise widerspiegelt. Das bestimmende Thema vom Jahresende – die Anwendung des ungarischen Gesetzes über die doppelte Staatsangehörigkeit in der Slowakei, wick eindeutig der sich abzeichnenden Vertrauens- und Einheitskrise in der regierenden Koalition und den Preissteigerungen bei Energie, Treibstoff und Lebensmitteln. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die angekündigten Steuererhöhungen, vor allem die Steuerbelastung für Gewerbetreibende waren ebenfalls Themen. Letzteres stieß aber auf den Widerstand eines Koalitionspartners – der KDH, deren Wählerbasis sich vor allem auf die kleinen und mittelständischen Unternehmer stützt. Die angekündigte Entlassung von 4.000 Mitarbeitern bei der Bahn, als notwendige Sparmaßnahme, wurde letztendlich unter dem Druck der Gewerkschaften von der Regierung gestoppt, verbunden mit der Ausarbeitung eines Revitalisierungsplans für die verlustschreibenden Bahnen.

Die Opposition, mit der Partei SMER-SD an der Spitze, führt bei der Kritik an der jetzigen Regierung auch das statistische Wachstum der Verbraucherpreise (3,3% für Februar gegenüber dem gleichen Zeitraum letzten Jahres) an. Der Parteichef und frühere Ministerpräsident Fico sagte in diesem Zusammenhang: *„Ich befürchte für dieses Jahr eine wachsende Inflation, eine Preisinstabilität, eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für Unternehmer, eine Stagnation der Reallöhne, einer Preiserhöhung bei Wohnkosten, Verkehr, Lebensmittel. Dies alles steht meiner Meinung nach im Widerspruch zur Programmklärung der Regierung und verdeutlicht die Unfähigkeit der Regierung.“*

In einer Situation, in der Einsparungen, Kürzungen und Rationalisierung bei öffentlichen Ausgaben entscheidende Instrumente zur Überwindung der Wirtschaftskrise sein können, erscheinen einige unpopuläre Regierungsmaßnahmen die einzig mögliche Lösung. Andererseits erscheinen viele Regierungsentscheidungen nicht durchdacht und sozial unausgewogen, mit Auswirkungen vor allem für benachteiligte und einkommensschwache Bevölkerungsschichten. Eine radikale Verschlechterung des Lebensniveaus bei der Mehrzahl der Bürger als Grundlage für die Gesundung der öffentlichen Finanzen sowie eine

Sparpolitik, begleitet von einer steigenden Arbeitslosigkeit und einer Zunahme der Haushalte mit geringem Einkommen steigert die Unzufriedenheit der Bürger mit der Regierung von Iveta Radičová und stärkt die Opposition.

Die derzeitige Situation erlaubt es der Regierung nicht, weitere große Einschnitte vorzunehmen. Die wirtschaftliche Belebung, die sich die Regierung seit der Übernahme der Verantwortung vorgenommen hat, gelang bis heute nicht. Es genügt leider nicht mehr, die gegenwärtige Situation mit der schlechten Ausgangslage, die die Regierung Fico hinterlassen hat, zu erklären. Eine Ankurbelung des Binnenkonsums ist nahezu unmöglich, wie die Steigerung der Staatsquote bei nationalen Investitionen. Die Versuche, die Konjunktur wieder zu beleben, könnten nur gelingen, wenn weitere Anreize für ausländische Investitionen möglich wären. Die gegenwärtige Wirtschaftssituation in der EU ist denkbar ungeeignet. Zudem versuchen fast alle Staaten mit gleichen Mitteln die Investitionen in ihre Länder zu lenken. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch ausländische Investitionen ist ohnehin durch den neuen Euro-Plus-Pakt erschwert, da die Harmonisierung der europäischen Körperschaftssteuersätze für die Slowakei eine Abschaffung seiner Flatrate und eine deutliche Steigerung (derzeit 10%) vorsieht. Weiterhin hat sich die Regierung verpflichtet, zur Nachjustierung des Eurostabilitätspakts 659 Mio. Euro beizutragen. Die liberale Koalitionspartei SaS hatte schon angekündigt, dass sie ihre Zustimmung dazu im Parlament verweigern wird. Eine weitere Koalitionskrise bahnt sich an.

Dennoch scheint es, dass die jetzige Regierung noch genügend Möglichkeiten besitzt, um die Konjunktur wieder anzukurbeln. Die Kunst liegt in der Balance der sozialen Ausgewogenheit der Maßnahmen, um die Belastungen verträglich für alle Gesellschaftsschichten zu gestalten. Die Regierung hat bisher im Kampf gegen die Korruption und mit einem transparenten Umgang mit öffentlichen Geldern an Zustimmung gewonnen. Allerdings ist die Stärkung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Justiz und Sicherheitsorgane sowie die Verringerung des Beamtenapparats und der Zahl der öffentlichen Bediensteten weiterhin Regierungsziel. Die von der Opposition als „ungleiches Parteienkonglomerat“ bezeichnete Regierung ist ohnehin schon inneren Spannungen ausgesetzt, die ihr die Lösung der innen- und außenpolitischen Probleme nicht leicht macht. Gerade die Forderungen des kleinsten Koalitionspartners machen es den anderen drei Parteien nicht einfach, den Erwartungen ihrer Wähler und auch denen der gesamten slowakischen Bevölkerung gerecht zu werden.

Eduard Buraš

Kooperationspartner der Hanns-Seidel-Stiftung in der Slowakei

IMPRESSUM

Erstellt: 17.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,

Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de